



Mit der „Schaffung besserer Arbeitsplätze im Rahmen der Europa 2020-Strategie“ beschäftigte sich ein Seminar, das vom 4. bis zum 6. März 2011 im polnischen Danzig von der NSZZ Solidarność in Zusammenarbeit mit EZA ausgerichtet wurde. 47 Teilnehmer vertraten Arbeitnehmerorganisationen aus 6 EU-Ländern: CIFOTIE (Portugal), LDF (Litauen), SPSP und IFES (Rumänien), USO (Spanien), Podkrepa (Bulgarien) und NSZZ Solidarność (Polen). Der Europäische Gewerkschaftsbund und EZA hatten ebenfalls mit Konföderationssekretär Jozef Niemiec bzw. dem Stellvertretenden Präsidenten Jozef Mozolewski ranghohe Vertreter zu dem Seminar entsandt.

Das Ziel des Seminars war es, durch eine Analyse der Prämissen, die der neuen Europa-Strategie für die Jahre 2010 – 2020 zu Grunde liegen, eine Wiederholung der Fehler und des letztendlichen Scheiterns der Lissabon-Strategie zu verhindern. Durch Berücksichtigung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Seminars bei der Umsetzung der neuen Strategie sollte es möglich sein, eine Wiederholung der Fehler zu vermeiden, die sich bei der Planung und Umsetzung der Lissabon-Strategie eingeschlichen hatten. Dies sollte ebenfalls eine positive Auswirkung auf die Wirksamkeit der neuen Strategie haben.

Im Zuge der Präsentationen und Referate sowie der lebhaften Diskussionen, die sich jeweils an diese Präsentationen anschlossen, unterzogen die Seminarteilnehmer die Situation auf den verschiedenen Arbeitsmärkten und die entsprechend für einschlägige Interventionen zur Verfügung stehenden Instrumente der betreffenden Länder einer gründlichen Analyse. Besondere Aufmerksamkeit galt auch den aktuellen Tendenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt, die im Lichte der Zielsetzungen der Europa 2020-Strategie betrachtet wurden. Diskutiert wurden ferner die Instrumente, die in den verschiedenen Ländern zu einer Entwicklung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung einer besseren Beschäftigungslage zur Verfügung stehen. EGB-Konföderationssekretär Jozef Niemiec nannte mögliche Strategien zur Schaffung von mehr und qualitativ höherwertigen Arbeitsplätzen, ein Ziel, das teilweise durch den Einsatz von paneuropäischen Instrumenten wie z.B. den einschlägigen Richtlinien der EU erreicht werden kann. Die Mehrheit der entsprechenden Aufgaben ist jedoch auf dem Wege der offenen Koordinierung zu lösen.

Im Verlauf der Diskussionen wurden die Ähnlichkeiten zwischen den Problemen deutlich, mit denen die Arbeitsmärkte der einschlägig analysierten Mitgliedsländer zu ringen haben: die am schlechtesten qualifizierten Arbeitnehmer haben auf den betreffenden Arbeitsmärkten der EU mit dem Problem zunehmender Marginalisierung zu kämpfen, die Ausbildungssysteme sind überall unzureichend auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet, und es besteht überall ein Überangebot an Arbeitskräften mit Hochschulausbildung. Die Teilnehmer bemängelten übereinstimmend einen Mangel an langfristigen und weitsichtigen Initiativen in der Bildungspolitik, die sich an den Bedürfnissen des Marktes und am Prinzip des lebenslangen Lernens orientierten.

Es wurde unterstrichen, dass weder die Europäische Union noch die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten – trotz des Scheiterns der Politik zur Förderung befristeter Arbeitsverträge – ein Interesse an der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze demonstriert hätten. Die in den zurückliegenden Jahren praktizierte Politik hat zu einer Steigerung der Zahl von Arbeitsplätzen geführt, gleichzeitig aber auch einen Rückgang der Produktivität und der Qualität dieser Arbeitsplätze zur Folge gehabt. Eine weitere Konsequenz der Förderung befristeter Arbeitsverträge ist die Zunahme der staatlichen Sozialausgaben. Ebenfalls wurde der Mangel an einer allgemein anerkannten und erschöpfenden Definition von „qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen“ beanstandet.

Die Teilnehmer des Seminars konstatierten, dass die Ziele der Strategie ohne ein einschlägiges Engagement der betreffenden Regierungen nicht erreicht werden könnten. Als Lektion aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie müsse ferner der Schluss gezogen werden, dass den Sozialpartnern bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie eine größere Rolle einzuräumen sei.

Auf der Plenarsitzung am letzten Tag des Seminars wurde in der Abschlusserklärung noch einmal die Rolle der Sozialpartner bei der Umsetzung der Strategie unterstrichen. Die Umsetzung der Strategie müsse ferner, so wurde gefordert, auf der Grundlage des Respekts für die Rechte des Einzelnen, von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und sozialem Dialog sowie unter Anstrengung wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Geschlossenheit vorgenommen werden. Die Idee eines „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ sei abzulehnen. In den Papieren des Seminars werden die Sozialpartner und Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, durch eine Reihe konkret genannter Maßnahmen und Lösungen qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Abschlusserklärung des Seminars wird den Vorsitzenden oder Generalsekretären der Gewerkschaften übermittelt werden, die auf dem Seminar vertreten waren, ebenso den Regierungschefs der betreffenden Länder, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dem Präsidenten der Europäischen Kommission sowie den Vorsitzenden von EZA und NSZZ Solidarność.